Nach einem sogenannten „Professoren-Panel“ der INSM sind die „Ökonomen mit großer Mehrheit für Studiengebühren im Erststudium“. 92,6% der „führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler“ seien dafür. Schaut man genauer hin, stellt man fest, dass sich nur eine winzige Zahl von Deutschlands Ökonomieprofessoren an der Umfrage beteiligt haben, nämlich gerade mal 54 von mehreren tausend. Ein schofles Täuschungsmanöver auf das manche Medien aber kritiklos hereinfallen.

Der Informationsbroschüre „Studien-&Berufswahl 2004/2005“ (www.studienwahl.de) könnte jeder sofort entnehmen, dass in Deutschland 88 Unis und 150 Fachhochschulen Studiengänge in Wirtschaftswissenschaften anbieten. Es gibt also schon allein mehr als vier mal so viele wirtschaftswissenschaftliche Fachbereiche wie Teilnehmer an diesem Panel, mit – bei äußerst vorsichtiger Schätzung – mindestens 1.500 bis 2.000 Ökonomie-Professoren.
Ein winziger Bruchteil davon – vermutlich von der INSM säuberlich ausgesuchter „führender“ Wissenschaftler – hat sich also an der Umfrage beteiligt. Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) betreibt mit ihrer Umfrage somit ein schofles Täuschungsmanöver.

Schlimm, dass Zeitungen auf diese Täuschung hereinfallen und diese Meldung kritiklos nachdrucken. Der Bonner Generalanzeiger rühmt sich sogar noch, gemeinsam mit dieser von Arbeitgeberverbänden finanzierten Propagandaeinrichtung für die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft im alten Bonner Plenarsaal ein öffentliches Bildungsgespräch zum Thema „Deutschland darf nicht kopflos werden“ durchzuführen. Das ist zwar nicht „kopflos“, aber ziemlich hirnlos.

Quelle: INSM »